



Grundsatzprogramm-Diskussion

„Mut zur Kontroverse“

Dazu rief die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Angela Merkel, die rund 1200 Teilnehmer der ersten Regionalkonferenz zur Erneuerung des CDU-Grundsatzprogramms in Potsdam auf.

In den letzten Jahren haben die CDU in einer Vielzahl von einzelnen Politikfeldern Veränderungen vorgenommen,

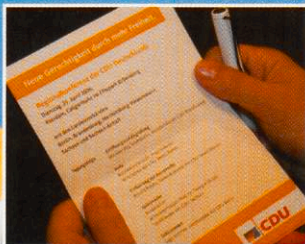
sagte Merkel. Umso dringlicher sei deshalb eine ausführliche Diskussion über das gemeinsame Wertefundament, das als „Koordinatensystem“ für die Gestaltung der Zukunft diene.

Positiv wertete Angela Merkel die derzeitige Debatte um die Familienpolitik und das geplante Elterngeld. Die Kontroverse zeige,

INHALT

Ronald Pofalla:
Unser Anspruch:
Orientierung geben
Seite 8–11

Dokumentation:
Leitfragen zur Grundsatzprogramm-Diskussion
Mitglieder der Grundsatzprogramm-Kommission
Innenteil



was der Union die Familie wert sei. Dabei verteidigte Merkel das Elterngeld und die geplanten „Vätermonate“. Väter hätten heute viel stärker als vor 30 Jahren den Wunsch, sich um ihre Kinder zu kümmern. Um die Männer hierbei zu unterstützen, könne der Staat durchaus Anreize setzen. „Wir müssen einen Weg finden, auf dem wir nicht bestrafen, aber auf dem man sehr wohl einen Bonus geben kann“, sagte sie.

Mit Bezug auf das Motto der Programmdebatte – „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ – machte Merkel in ihrer Rede deutlich, dass der Staat den Menschen Raum zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten lassen müsse: „Der Staat soll Gärtner sein und nicht Zaun.“ Schließlich habe Gott jedem Einzelnen

einen Gestaltungsauftrag mitgegeben, der es ihm ermögliche, seinen Beitrag für eine gerechtere Welt zu leisten. „Wir misstrauen den Menschen nicht von Haus aus. Wir trauen ihnen etwas zu“, bekräftigte Merkel. Sie

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

glaube jedenfalls nicht, „dass durch mehr staatliche Regulierung mehr Gerechtigkeit“ entstehe.

Neue Antworten müsse die CDU nach den Worten der Parteivorsitzenden neben der Familienpolitik auch zur Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft finden. Die Soziale Marktwirtschaft habe „über Jahrzehnte eine breit akzeptierte Antwort“ auf die Widersprüche der Produktionsgesellschaft gegeben und es den Menschen ermöglicht, sich als freie

platz. Der nationale und auch der europäische Rahmen allein könnten nichts mehr ausrichten. Deshalb werde sich die Weltwirtschaft in den nächsten Jahren auf für alle verbindliche Prinzipien einigen müssen, wie beispielsweise auf den Schutz geistigen Eigentums.

Ausführlich widmete sich Angela Merkel in ihrer Rede auch der „dramatisch veränderten Sicherheitslage“, deren Konsequenzen 1994, also bei der Verabschiedung des derzeitigen Grundsatzprogramms, nicht absehbar gewesen seien. Terrorismus und Globalisierung hätten die Welt verändert, be-

leben kam. „Wir leben in einer Welt, in der nicht mehr die alten Sicherheiten gelten“, sagte sie weiter. In einer Welt, in der Menschen sich selbst vernichteten, funktionieren auch das System der gegenseitigen Abschreckung nicht mehr. Diese Herausforderungen müssten von der CDU beantwortet werden. Mit Blick auf den geplanten Bundeswehr-Einsatz im Kongo stellte die Bundeskanzlerin klar, dass das christliche Menschenbild nicht an den Grenzen Deutschlands oder Europas ende, sondern „universell“ gelte.

Generalsekretär Ronald Pofalla machte deutlich, dass die jetzt beginnende Debatte die Möglichkeit biete, den Markenkern der CDU hervorzuheben und die Partei dadurch von der politischen Konkurrenz stärker



Personen zu entfalten, sagte Merkel. Zunehmend bezweifelten die Menschen jedoch, ob die Soziale Marktwirtschaft

der Herausforderung der Globalisierung standhalten. Denn die gute Bilanz eines Unternehmens sei schon lange keine Garantie mehr für einen sicheren Arbeits-

tonte Merkel. Dabei verurteilte sie nachdrücklich den Anschlag in dem ägyptischen Badeort Dahab, bei dem auch ein deutscher Junge ums



unterscheidbar zu machen. Die CDU werde bei ihrer internen Debatte keine Rücksicht auf die SPD nehmen, so Ronald Pofalla. „Unser Programm soll für die nächsten 15 bis 20 Jahre stehen. Die Große Koalition ist ein Bündnis auf kürzere Zeit“, sagte er. „Ich hoffe auf eine breite Beteiligung, die von den 600.000 Mitgliedern der CDU getragen wird“, fügte der Generalsekretär hinzu.

Wie zuvor Angela Merkel kündigte auch Generalsekretär Pofalla an, den staatlichen Einfluss zurück-



drängen zu wollen: „Wir sind der Auffassung, dass wir zu viel Staat haben. Unser Staat ist überfordert. Er muss zurückgeschraubt werden, damit er die Aufgaben, die er inne hat, wirkungsvoller wahrnehmen kann.“

In der anschließenden lebhaften Diskussion erinnerten mehrere Parteimitglieder daran, dass neben Freiheit

und Gerechtigkeit auch der Begriff der Solidarität auf die Diskussionsagenda gehöre.

In den knapp dreißig Wortmeldungen aus dem Plenum wurde deutlich, dass das Thema Familie eine zentrale Rolle spiele. Ihn störe, dass zum Teil noch das „Hausfrauen-Dasein“ propagiert werde, erklärte beispiels-



weise Jan Rethmann aus der Prignitz. Die aus Brandenburg stammende Unionsfraktionsvizechefin im Bundestag, Katherina Reiche, unterstrich, junge Frauen wollten heute arbeiten und Kinder erziehen. Sie hätten genug davon, „Rabenmütter“ gegen „Heimchen am Herd“ auszuspielen. Horst Röpke von der Senioren-

Union in Potsdam vermisst die Rolle der Großeltern in der Familiendebatte: „Wohin gehen denn die Enkel, wenn eine Familie zerrütet ist? Die rennen zuerst zu den Großeltern.“ Die Debatte, die von der Familien- über die Bildungspolitik bis zu ethischen Fragen reichte, zeigte, dass die CDU eine lebendige Volkspartei ist.

Der Potsdamer Regionalkonferenz, zu der Parteimitglieder aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern eingeladen waren, werden in den nächsten



Wochen noch vier weitere Regionalkonferenzen in Bad Fallingb., Karlsruhe, Düsseldorf und Kassel folgen.

Ausführliche Informationen rund um die Grundsatzprogramm-Diskussion finden Sie auf www.grundsatzprogramm.cdu.de



Grundsatzprogramm-Kommission nimmt Arbeit auf

Unmittelbar vor der ersten von fünf bundesweit stattfindenden Regionalkonferenzen nahm die CDU-Grundsatzprogramm-Kommission ihre Arbeit auf.

ren Fragen unterscheiden, zeigte sich schon in der Debatte der ersten Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission zur Rolle des Staates. Während die SPD auf

glieder aus allen Landesverbänden und aus den CDU-Vereinigungen vertreten sind (eine Übersicht finden Sie in der Dokumentation, siehe UiD-Innenteil), war sich einig, dass nach den Grundsatzprogrammen von 1978 und 1994 ein neues Parteiprogramm erforderlich geworden sei, da das aktuelle Programm die Entwicklungen der letzten Jahre nicht vorhergesehen habe und nun angepasst wer-



Das neue CDU-Grundsatzprogramm werde unbeeinflusst von der derzeitigen Regierungskonstellation sein, machte der Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommission, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, bei der konstituierenden Sitzung der Kommission in Potsdam deutlich. Während es bei dem Grundsatzprogramm um einen Auftrag für die nächsten 15 bis 20 Jahre gehe, sei die Große Koalition ein „Bündnis auf Zeit“, betonte Pofalla.

Wie stark sich die Auffassungen der beiden großen Volksparteien in elementa-

ihrem einen Tag zuvor stattgefundenen Wertekongress ein „Mehr“

an Staat forderte, sprach sich die CDU-Kommission für weniger Staat und für mehr Verantwortung des Einzelnen aus. „Wir sind der Auffassung, dass wir zu viel Staat haben. Unser Staat ist überfordert. Er muss zurückgeschraubt werden, damit er die Aufgaben, die er innehat, wirkungsvoller wahrnehmen kann“, erläuterte Pofalla.

Die Grundsatzprogramm-Kommission, in der 69 Mit-



den müsse. „Wir haben in unserem derzeitigen Programm zum Beispiel nicht die Auswirkungen der demographischen Entwicklung berücksichtigt“, sagte der Generalsekretär. Um möglichst alle zukunftsrelevanten Themen und Fragestellungen im neuen Programm umfassend und nachhaltig aufnehmen zu können, hat die Grundsatzprogramm-Kommission in ihrer konstituierenden Sitzung

in einer intensiven Diskussion einen Katalog von acht Leitfragen mit zahlreichen Unterfragen beschlossen, an dem sich die auf zwei Jahre angelegte Diskussion orientieren wird. (Eine Übersicht über die Leitfragen finden Sie in der Dokumentation, siehe UiD-Innenteil.) Dieser Katalog enthält neben Fragen zur Modernisierung und Erneuerung auch Bereiche, die relativ unangetastet bleiben, da sie das Wertegerüst der Partei bilden und auch in Zukunft bilden werden. „Dazu zähle ich unse-

werden die Leitfragen in den Monaten April und Mai in einem ersten Schritt auf fünf Regionalkonferenzen mit der Parteibasis diskutiert. Darüber hin-



Hessens
Generalsekretär Michael Boddenberg und der Vorsitzende der Senioren-Union Otto Wulff



Martina Krogmann, Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion, und Philipp Missfelder, Bundesvorsitzender der Jungen Union



Peter Paziorek, Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU NRW, und Jochen-Konrad Fromme, CDU-Ausländerbeauftragter

re Einstellung zu den Grundwerten und zum christlichen Menschenbild“, erläuterte Ronald Pofalla. Dies sei die „politische DNA“ der Partei und schon im Ludwigshafener Programm von 1978 gültig beschrieben.

Neben einer ausführlichen Diskussion über die Leitfragen stellte der Generalsekretär den Sitzungsfahrplan und das Kommunikationskonzept vor. Demzufolge

aus werden die Leitfragen an rund 400 Organisationen in Deutschland verschickt, um diese so an der Grundsatzprogramm-Debatte zu beteiligen.

Neben dem bewährten Konzept der Regionalkonferenzen hat die CDU ein eigenes Kommunikationskonzept für die Grundsatzprogramm-Debatte entwickelt. Auf verschiedenen Beteiligungsplattformen erhalten

insbesondere die CDU-Mitglieder im Internet und im CDU-Mitgliedernetz die Möglichkeit, ihre Vorstellungen vorzutragen. Neben einer zentralen Internetplattform, auf der unter www.grundsatzprogramm.cdu.de

alle relevanten Beschlüsse, Reden und Positionspapiere eingesehen werden können, beschreitet die CDU mit der Einrichtung von Virtuellen Arbeitskreisen und der Einführung von Wikipedia-Software im CDU-Mitgliedernetz Neuland in der politischen Diskussion in Deutschland. Ronald Pofalla kündigte an, dass er alle Kreisvorsitzenden bitten werde, dass in je-

dem Kreisverband ein Grundsatzprogrammbeauftragter ernannt oder gewählt werde, der den Diskussionsprozess an der Basis vorantreiben und moderieren soll. Es sei geplant, dass alle Beauftragten zu einem Gedankenaustausch im Sommer nach Berlin eingeladen werden. Sein Ziel sei es, alles daranzusetzen, mit den Mitgliedern in einen „intensiven Diskussionsprozess“ einzutreten und die Partei als Ganzes in diesem Prozess der programmatischen Weiterentwick-

Parteitages 2003 zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Nach den Regionalkonferenzen sollen die Leitfragen im August auf einem Grundsatzkongress mit Vertretern aller gesellschaftlichen Gruppen besprochen werden. Ende November 2006 auf dem CDU-Parteitag in Dresden steht ein Zwischenbericht an. Bis zur Osterpause des kommenden Jahres soll nach den Plänen des Generalsekretärs ein Rohentwurf des Grundsatzprogramms vorliegen,

und nicht „Einzelprobleme“ zu lösen.

Die Grundsatzprogrammkommission wurde tags zuvor durch den Bundesvorstand der CDU Deutschlands eingesetzt. Die Leitung der Grundsatzprogrammkommission übertrug der Bundesvorstand CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla. Der Generalsekretär wird bei der Leitung der Programmdebatte von drei Stellvertretern unterstützt: von den Ministerpräsidenten Dieter Althaus und Peter Müller sowie von

Bundesbildungsministerin Annette Schavan. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla wird sich mit den drei Bereichen „Soziale Marktwirtschaft“, „Entfaltung der Person und Zusammenhalt der Gesellschaft“ und „Familie“ befassen. Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus übernimmt die Themen



Thomas Strabl, Generalsekretär der baden-württembergischen CDU, und Annette Widmann-Mauz, Gesundheitspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla und der Landesvorsitzende der CDU Brandenburg Jörg Schönbohm

lung mitzunehmen, so der Generalsekretär. In diesem Zusammenhang betonte Pofalla, dass sich die CDU seit Ende der 90er Jahre „zur eigentlichen Programmpartei in Deutschland“ entwickelt habe. Er erinnerte an den Beschluss zur Familienpolitik aus dem Jahr 1999 oder an das Zuwanderungskonzept, das die CDU 2001 verabschiedet habe, sowie an die Beschlüsse des Leipziger

der noch vor der Sommerpause vom Bundesvorstand beschlossen werden soll. Im Anschluss an Regionalkonferenzen in der zweiten Jahreshälfte 2007 wird ein Bundesparteitag Ende des Jahres das neue Programm endgültig verabschieden. Der Text solle für die nächsten 15 bis 20 Jahre Bestand haben, betonte Pofalla. Dabei gelte es, „grundsätzliche Antworten zu finden“

„Freiheitlicher Staat“ und „Bewahrung der Schöpfung“, während Saarlunds Ministerpräsident Peter Müller für die „Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik“ sowie für Fragen der „Demographie“ zuständig ist. Bundesbildungsministerin Annette Schavan wird die Themenfelder „Identität der CDU“ sowie „Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung“ betreuen.

Ronald Pofalla

Unser Anspruch: Orientierung geben

Die CDU Deutschlands beginnt in diesen Tagen mit der Erneuerung ihres Grundsatzprogramms. Sie wird damit ihren gesellschaftlichen Führungsanspruch deutlich machen: Als große Volkspartei der Mitte gehen wir die Herausforderungen unserer Zeit entschlossen an und formulieren klare Vorstellungen, in welche Richtung sich unser Land entwickeln soll. Die CDU wird zeigen, dass sie eine offene und moderne Partei ist, der Realität zugewandt – aber auch mit dem Anspruch, Orientierung zu geben und nicht nur den Zeitgeist nachzuvollziehen.

In Phasen rasanten Wandels ist es besonders dringend, den Wählerinnen und Wählern deutlich zu machen, dass Politik eine Wertebasis hat, die allem zugrunde liegt. Politik muss damit Orientierung geben. Wer das Vertrauen der Bürger gewinnen will, darf sich nicht in hektischem Reformieren verlieren. Er muss vielmehr deutlich machen, dass sich alles – ob Sozial-, Wirtschafts-, Familien- oder Außenpolitik – zu einem positiven Ganzen fügt. Viel-



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla

leicht ist uns dies in der Vergangenheit nicht immer ausreichend gelungen. Genau dies wird aber das erneuerte Grundsatzprogramm der CDU leisten. Ich wünsche mir, dass am Ende der Diskussion nicht nur unsere Parteimitglieder, sondern möglichst viele Bürgerinnen und Bürger mit wenigen Sätzen sagen können, was die CDU ausmacht, wofür sie steht, wohin sie unser Land führen will.

Dabei müssen wir uns nicht neu erfinden. Im Gegenteil: Eine Grundsatzdiskussion dient auch der Selbstvergewisserung der Partei und der Aneignung ihres Erbes durch die Jüngeren. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit werden gewiss ebenso Bestand haben, wie

unser Bezug auf das christliche Menschenbild. Dieses Menschenbild, nach dem jeder Mensch als einzigartiges Geschöpf Gottes respektiert wird und deshalb niemals seiner Würde beraubt werden darf, ist ein Schatz, den wir auch in Zukunft hüten werden.

Das christliche Menschenbild ist und bleibt unsere „politische DNA“. Es ist der Markenkern der CDU und unterscheidet uns von unseren Mitbewerbern. Wir werden zeigen, was das christliche Menschenbild für die verschiedenen Politikbereiche bedeutet – von der Bildungs- über die Außenpolitik bis hin zu den drängenden Fragen der Bioethik.

Vieles wird uns also erhalten bleiben. Aber das letzte Grundsatzprogramm der CDU stammt aus dem Jahr 1994. Seither hat sich die Welt dramatisch verändert. Dem müssen wir Rechnung tragen. 1994 lag die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas erst kurz zurück. Es war die Zeit, als manche Beobachter annahmen, die Geschichte habe einen Endpunkt erreicht, weil die libe-

rale Demokratie als Staatsform und die Marktwirtschaft ihren endgültigen Siegeszug um die Welt angetreten hätten. Der Wegfall der alten Bedrohungen aus dem Ost-West-Konflikt prägte das Denken. Kaum jemand konnte damals absehen, wie sehr etwa der islamistische Terrorismus die internationale Politik ändern würde. Dass deutsche Truppen am Hindukusch stehen würden, war 1994 schlichtweg unvorstellbar.

Die Globalisierung, der dramatische demographi-

nen bevor. Ich freue mich auf diese Debatten, denn sie gehören zur CDU. Wir nähern uns der Diskussion bewusst offen. Wir wollen auch nicht nur innerhalb der Partei diskutieren, sondern mit möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen und Bürgern. Deshalb stellen wir an den Anfang bewusst offene Leitfragen und gehen nicht von geschlossenen Leitthesen aus.

Um nur einige zu nennen: Was bedeuten uns Begriffe wie „Nation“, „Heimat“ und „Patriotismus“?

lität meinen wir, wenn wir von Familie sprechen? Welche Rolle hat Deutschland in Europa und der Welt? Wie sieht die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt?

Was sich vielleicht abstrakt anhört, wird uns zu ganz konkreten Problemen führen und für ihre Lösung Maßstäbe an die Hand geben: Wie sorgen wir für bessere Integration bei uns dauerhaft lebender Ausländer? Wo ziehen wir Grenzen zwischen Familie und anderen Formen des Zusammenlebens, wie gehen wir mit homosexuellen Partnerschaften um? Unter welchen Bedingungen engagiert sich die Bundeswehr mit Truppen außerhalb unseres Landes? Wie verhindern wir, dass weitere Ar-



Alle Infos zur Grundsatzprogramm-Diskussion auf www.grundsatzprogramm.cdu.de



Beteiligen Sie sich auch an der Grundsatzprogramm-Diskussion in den Virtuellen Arbeitskreisen im Mitgliederumetz unter www.cdu.net.de

sche Wandel und technologische Revolutionen wie das Internet haben unser Land und seine Stellung in der Welt ebenfalls drastisch verändert. Antworten auf all diese Entwicklungen müssen sich in unserem Grundsatzprogramm wiederfinden.

Gewiss stehen der CDU bei der Erneuerung des Grundsatzprogramms leidenschaftliche Diskussio-

nen Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Wie viel Gemeinsamkeit brauchen wir, wie viel Heterogenität vertragen wir? Welche Rea-

beitsplätze in andere Länder abwandern und wie sorgen wir dafür, dass wieder mehr neue Arbeitsplätze in Deutschland entstehen?

Wir werden Konflikte aushalten müssen. Die CDU ist eben Volkspartei und keine Klientelpartei. Das erfordert oft langwierige Diskussionen und einen bestimmt nicht immer einfachen Ausgleich verschiedener Interessen. Am Ende haben aber Beschlüsse der CDU auch besonders großes Gewicht – sie kommen aus der Mitte der Gesellschaft.

Ich erwarte spannende und kontroverse Diskussionen, etwa in der Familienpolitik, ein für uns zentrales Thema. Denn allen in der CDU liegt die Familie als Kern der Gesellschaft und Garant der Zukunft in existenziellem Sinne ganz besonders am Herzen. Familie ist nach unserem familienpolitischen Programm von 1999 für uns da, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung übernehmen. Damit werden wir der vielfältigen Realität gerecht – von der „klassischen“ Familie bis zum allein erziehenden Elternteil und der nichtehelichen Partnerschaft mit Kindern. Gleichwohl sehe ich hier Modernisierungsbedarf für die CDU.

Wir müssen nämlich mit unserem erneuerten Grundsatzprogramm alte mentale Gegensätze überwinden. Es hilft uns nicht weiter, wenn



die Verfechter der „traditionellen“ Familie und von Familien, in denen beide Eltern berufstätig sein wollen (oder aus ökonomischen Gründen schlichtweg müssen), sich gegenseitig misstrauen und sich absprechen, das Beste für ihre Familien zu geben. Wir denken vom Kind her, und deshalb ist es doch unser gemeinsames vorrangiges Ziel, dass wir wieder mehr Kinder in Deutschland haben. Eine wichtige Voraussetzung dafür scheint mir die ehrliche Akzeptanz unterschiedlicher familiärer Lebensformen.

Die CDU war immer die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Sie hat dieses Gesellschaftsmodell entwickelt und in Deutschland zum Erfolg geführt. „Wohl-

stand für alle“ war kein leerer Slogan, sondern ist Realität für breite Gesellschaftsschichten geworden. Die Soziale Marktwirtschaft hat in der CDU immer integrierend gewirkt. Wir müssen uns aber heute eingestehen, dass bis in unsere Mitgliedschaft hinein Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft verloren gegangen ist. Die Verunsicherung angesichts der Globalisierung der Weltwirtschaft mit neuen, starken Konkurrenten wie China oder Indien und der Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland ist gewaltig. Viele Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft fühlen sich den Stürmen der Globalisierung hilflos ausgesetzt. Die Einschätzung, „wenn es mei-



einer Gesundheitsversorgung, bei der sich viele gesetzlich Krankenversicherte wie Kranke zweiter Klasse fühlen.

Es muss uns deshalb gelingen, wieder das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre eigenen Kräfte zu wecken. Nur so werden wir letztlich wieder ein selbstbewusstes und starkes Land. Das gelingt uns aber nur, wenn wir zuvor einen möglichst breiten Konsens über die Rolle des Staates erzielen. Ich bin der festen Überzeugung: Der Staat muss sich aus manchen Aufgaben ein Stück weit zurückziehen, um andere Aufgaben wirkungsvoller und zielgerichteter als in der Vergangenheit wahrnehmen zu können. „Neue Gerechtigkeit“ für alle werden wir nur „durch mehr Freiheit“ für alle erreichen. Soziale Absicherung für die wirklich Bedürftigen kann es nur noch geben, wenn alle entsprechend ihrem Leistungsvermögen stärker als bisher Eigenverantwortung übernehmen.

Aber so wenig die CDU, die sich immer als Teil der Bürgergesellschaft verstanden hat, ihre Hoffnungen auf „Vater Staat“ richtet, so wenig wird sie sich mit dem „Nachtwächterstaat“ zufrieden geben. Es gibt sogar Be-

reiche, in denen der Staat mehr Verantwortung als bisher übernehmen muss. Nicht erst die jüngsten Ereignisse an einigen Schulen haben gezeigt, dass der Staat sich in Fragen der Bildung, Erziehung und Integration stärker engagieren muss – über finanzielle Leistungen hinaus. Wir dürfen bei Kindern und Jugendlichen Verwahrlosung nicht länger hinnehmen. Wir akzeptieren nicht, dass es eine „lost generation“ gibt von jungen Leuten, die „Hartz IV“ als realistisches Lebens- und Berufsziel angeben und ohne Schulabschluss auch keine Chancen auf ein selbst bestimmtes Leben in Würde haben.

Die CDU steht am Anfang eines intensiven Diskussionsprozesses. Ich lade alle ein, sich daran zu beteiligen. Am Ende wird keine Agenda mit einer bestimmten Jahreszahl und damit einem Verfallsdatum stehen, sondern ein langfristig gültiges Leitbild für das Deutschland der Zukunft: Für ein starkes und lebenswertes Land, das auf der Basis klarer Grundsätze mit Gottvertrauen und Selbstbewusstsein die vor ihm liegenden Herausforderungen angeht und seiner Verantwortung für die hier lebenden Menschen und in der Welt gerecht wird.

nem Unternehmen gut geht, geht es auch mir als Arbeitnehmer gut“, gilt vielfach nicht mehr. Dies hat breite Bevölkerungsschichten verunsichert.

Die Folge ist ein großes Sicherheitsbedürfnis. Aber der Blick zu „Väterchen Staat“, der schon alles richten möge, ist nicht mehr zeitgemäß. Die Überforderung des Staates und sein vielfach ineffizientes Wirken sind nur all zu greifbar. Besonders die Entwicklung der letzten Jahre haben viele Bürger für sich so zusammengefasst: Der Staat nimmt immer mehr, mischt sich immer mehr ein, aber er gibt immer weniger, es kommt immer weniger dabei herum: Hohe Steuern und Abgaben bei gleichzeitig verfallenden Schulen und

Die Wandzeitung zur Grundsatzprogramm-Diskussion

Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit.



In den vergangenen Tagen haben die Abonnenten die Wandzeitung zur Grundsatzprogramm-Diskussion erhalten.

Einzel Exemplare können Sie über die CDU-Bundesgeschäftsstelle erhalten.

E-Mail: infomaterial@cdu.de